

Mittelsächsische LinksWorte

18. AUGUST 2021

Nr. 165

15. JAHRGANG



Die acht Themenplakate der LINKEN zur Bundestagswahl am 26. September. Sie werden gemeinsam mit Formaten von drei Großplakaten und Personenplakaten der Spitzenkandidat*innen Janine Wissler und Dietmar Bartsch sowie von Direktkandidat*innen in den Bundestagswahlkreisen ab Mitte August aufgehängt werden.

Somit hat die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes begonnen.

Der Bundestagswahlkampf ist auch das bestimmende Thema dieser Ausgabe der LinksWorte. Wir berichten u.a. über Wahlkampfaktivitäten im Kreisverband der LINKEN im vergangenen Monat und über Wahlkampf-Veranstaltungen, die bis zum Wahltag vorgesehen sind.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. INFORMIERT:

DIE LINKE RICHTET DEN BLICK AUF DIE
BUNDESTAGSWAHLEN

2. ANALYSIERT:

DIE LINKSFRAKTION IM KREISTAG ANALYSIERT
DIE LETZTE SITZUNG VOR DER SOMMERPAUSE

3. BERICHTET:

MARIKA TÄNDLER-WALENTA UND
STEFAN HARTMANN AUF SOMMERTOUIR

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & gedenken an **HILDE COPPI**
- 4/5/6 **titelthema 1: die linke im wahlkampf zu den bundestagswahlen**
- 7 **titelthema 2: letzter kreistag vor der sommerpause**
- 8 **titelthema 3: aktuelles vom „team tändler-walenta“**
- 9 zur reaktivierung von eisenbahnstrecken
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:** beitrag -69- : politischer extremismus - ein umstrittener begriff
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & trauer & querbeet

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 15. September 2021. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 08. September. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantwort. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der heiße Wahlkampf hat begonnen. Nach dem Wahlkampfauftakt der LINKEN am 21. Juli stand zunächst die Verteilung des Flugblattes „8 Gründe DIE LINKE zu wählen“ im Mittelpunkt, von dem zwei Millionen gedruckt wurden und mit möglichst vielen Menschen zu den dort zusammengefassten programmatischen Schwerpunkten ins Gespräch zu kommen.

Das ausführliche Titelthema -1- unserer heutigen Ausgabe ist dem Bundestagswahlkampf in den kommenden fünf Wochen bis zum Wahltag gewidmet, der mit Lieferung der Plakate, Wahlkampfzeitungen, Kurzwahlprogramme und ihrer Verteilung sowie mit der Aufstellung der mobilen Großflächen eine neue Qualität erreichen muss. Die acht Themenplakate, mit denen DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf zieht, bilden das Titelbild dieser Ausgabe. Wir blicken auf die aktuellen Umfragewerte der Parteien in der so genannten „Sonntagsfrage“, die für DIE LINKE augenblicklich nichts Gutes verheißen. Programmatisch hat die Partei mit Veröffentlichung eines „linken Klima-Job-Programms“ und eines „Sozialstaatskonzepts“ nachgelegt.

Nach dem Wahlkampf des Kreisverbandes und der Ortsverbände der mittelsächsischen LINKEN betrifft, wurden in einer Beratung mit den Ortsvorsitzenden am 29. Juli die Weichen gestellt. Dort ging es auch um die Termine und Veranstaltungen, die im August und bis zum Wahlsonntag vorgesehen sind. Wir fassen sie im Titelthema -1- und in unserer Terminliste auf Seite -12- zusammen. Wir berichten auch darüber, was im Rahmen der Gerechtigkeitstour der Linksfraktion im Sächsischen Landtag in Döbeln und Rochlitz organisiert wurde.

Der mittelsächsische Kreistag kam am 14. Juli zu seiner 10. Sitzung in der aktuellen Legislatur zusammen. Unser Redaktionsmitglied Gottfried Jubelt, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN, informiert im Titelthema -2- über die wichtigsten Ergebnisse der Beratung.

Schon traditionell berichten wir im Titelthema -3- über die Aktivitäten des Teams der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta. In dieser Ausgabe stehen die gemeinsamen Aktivitäten mit dem Direktkandidaten im mittelsächsischen Bundestagswahlkreis, Stefan Hartmann, im Mittelpunkt.

Wir kommen zurück auf das schon mehrfach besprochene Thema „Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken“. Dabei richten wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Reaktivierung der Strecke von Döbeln nach Meißen und die Frage, ob Rochlitz perspektivisch darauf hoffen kann, wieder an das Eisenbahnnetz angeschlossen werden kann, vielleicht sogar mit Verbindungen nach Leipzig und Chemnitz.

Achim Grunke behandelt in unserer nun bereits fast sechsjährigen Serie zur politischen Bildung und Information in seinem heutigen Beitrag den umstrittenen Begriff des „politischen Extremismus“. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und vor allem anregende Lektüre.

„programmatische schwerpunkte der linken in den mittelpunkt des wahlkampfes rücken“

von **HANS WEISKE**

Der „scharfe“ Wahlkampf ist eröffnet. Seit Anfang dieser Woche (ich schreibe diese Zeilen am 11. August) kann in den ersten Kommunen plakatiert werden. Was nichts an der Tatsache ändert, dass positive Auswirkungen von Plakataktionen auf das Wahlergebnis der Parteien - meines Erachtens berechtigt - vielfach in Zweifel gezogen werden.

Nach den aktuellen Umfragewerten (dazu mehr in unserem Titelthema -1-) steht DIE LINKE bei einem Wahlergebnis von 6,3 Prozent: eine ernüchternde Prognose. Gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 würde es um weitere 2,9 Prozent abwärts gehen und es wäre nicht mehr so weit bis zum „Super-GAU“, dem Unterschreiten der Fünf-Prozent-Hürde. Dazu darf und wird es nicht kommen! Jeder von uns ist im Wahlkampf gefordert.

Mir geht es an dieser Stelle um das „programmatische Rüstzeug“ der LINKEN für die Wahlen, vor allem seine Verbreitung unter der Bevölkerung. Dabei stottert der Motor leider an einigen Stellen. Grundlage natürlich das vom Parteitag beschlossene Wahlprogramm, welches in gedruckter Form immerhin 155 Seiten umfasst. Seine vollständige Lektüre ist allerdings nur ausgesprochenen „Programm-Fans“ zuzumuten. Leider haben sich die Seitenzahlen der Druckversion durch einen technischen Fehler jeweils um zwei Seiten verschoben, was die Bundesgeschäftsstelle zu einem „Einlage-Korrekturhinweis“ veranlasste, der mit einem Gewinnspiel gekoppelt wurde. Die unmittelbar nach dem Parteitag angekündigten zwei Millionen Flugblätter (davon 13.000 für den mittelsächsischen Kreisverband) kamen leider nur verzögert vor Ort an und glänzten mit einem peinlichen Rechtsschreibebefehl (aus „gleichen Rechten für alle“ wurden „gleiche Rechen für alle“). Inzwischen kann man sich auf der Webseite der LINKEN auch ein Kurzwahlprogramm herunterladen. Wahlprogramm und Kurzwahlprogramm gibt es auch in einfacher Sprache. Übrigens: Nachdem zwei Millionen Flugblätter unter der Überschrift „acht Gründe, DIE LINKE zu wählen“ unter das Volk gebracht werden sollen, steht das Kurzwahlprogramm unter der Überschrift: „Hier sind 10 gute Gründe, uns zu wählen“. Die Online-Variante des Wahlprogramms ist sogar in 27 Unterabschnitte gegliedert. Sicherlich ist das nicht schlachtentscheidend, aber ich hätte es schon für sinnvoll erachtet, wenn man sich auf Bundesebene auf eine feste Anzahl von Gründen, uns als LINKE zu wählen, verständig hätte. Übrigens: Die acht Themen-Wahlplakate (siehe unsere Titelseite) halte ich für viel gelungener als manches Motiv zu vergangenen Wahlen. Wie gesagt, die Schwerpunkte des Wahlprogramms sollten die Grundlage unseres Agierens bis zur Bundestagswahl sein, die im Kurzwahlprogramm auf das Wesentliche zusammengefasst wurden. Warum jetzt - von der Öffentlichkeit kaum beachtet - innerhalb weniger Tage auch noch ein „LINKES Klima-Job-Programm“ (am 26. Juli) und ein „Sozialstaatskonzept der LINKEN“ (am 2. August) vorgestellt wurden, erschließt sich mir schwer. Sicherlich sollen damit Klimaschutz und Sicherung von Arbeitsplätzen, Armutsbekämpfung und Sozialstaat noch stärker in den Mittelpunkt des Wahlkampfes der LINKEN gerückt werden. Wird das mit noch mehr programmatischen Details wirklich gelingen? Da bin ich skeptisch.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

heute als nachschlag
zu olympia „tokio 2020“

von HANS WEISKE

Die Bilanz ist ernüchternd: Nach 339 olympischen Entscheidungen (vor fünf Jahren in Rio de Janeiro waren es 306) stehen für Deutschlands Olympionik*innen zehn Goldmedaillen sowie elf silberne und 16 bronzene Plaketten auf der Habenseite. Weniger Edelmetall gab es seit der „Wende“ noch nie. Nur 37mal gelang deutschen Sportler*innen der Sprung aufs Siegerpodest, was im Medaillenspiegel nur Rang neun bedeutet. Gemessen an Rio 2016 (damals gab es 17mal Gold, zehnmal Silber und 15mal Bronze und Rang fünf in der Nationenwertung) gab es erneut einen deutlichen Rückschritt. Inzwischen sind uns die USA, China, Japan, Großbritannien, Russland und Australien um Längen und uneinholbar voraus. In den Kernsportarten Turnen, Schwimmen und Leichtathletik gab es insgesamt nur wenige Lichtblicke bzw. positive Überraschungen durch deutsche Sportler*innen. In anderen Disziplinen, wo deutsche Athlet*innen bei Olympischen Spielen regelmäßig Edelmetall scheffelten, wie im Rudern, bei den Kanuten, den Bahnradsportlern und den Fechtern, ging es diesmal überraschend mager zu. Den größten Einbruch gegenüber Rio 2016 verzeichneten die Schützen. In den Mannschaftssportarten ging Deutschland völlig leer aus. Etwas überspielt wurde der schleichende Abstieg u.a. durch die Slalomkanuten mit vier sowie die Judoka, Ringer und Segler mit je drei Medaillen. Die Anzahl der Goldmedaillen für das deutsche Team hat mit zehn einen historischen Tiefstand erreicht (zur Erinnerung: bei den ersten Olympischen Spielen nach der „Wende“ in Barcelona 1992 gab es für Deutschland 33mal Gold). Die Hälfte der Goldmedaillen haben dem deutschen Olympiateam die Reiter und die Kanuten beschert. Einzig das Dressur- und Vielseitigkeitsreiten blieb mit drei Goldmedaillen eine deutsche Domäne.

Soviel zur Statistik. Es steht die Frage nach dem „Warum“ des schleichenden Abstiegs des deutschen Leistungssports. Dazu die deutsche Schwimm-Legende Michael Groß: „Wenn das Ziel lautet, langfristig wieder unter die Top Fünf zu kommen, dann braucht es an der Spitze einen radikalen Wandel, eine deutliche Strukturreform.“ Die „Spitze“, das heißt, der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), der vor 15 Jahren aus dem Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland entstand. Heute sind im DOSB in fast 90.000 Turn- und Sportvereinen mehr als 27 Millionen Mitglieder organisiert. Der vor 15 Jahren angekündigte Versuch, im DOSB die überschwappende Bürokratie abzubauen, wird seitdem vor allem durch die vielfältigen internen Verflechtungen verhindert. Der DOSB ist, so Michel Groß, für den olympischen Leistungssport ein Auslaufmodell. Der Leistungssport brauche eine eigene schlanke Struktur, die soweit wie möglich eigenständig agieren müsse.

Es bleibt abzuwarten, ob jetzt endlich die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

gedenken an HILDE COPPI in holzhau

von REGINA UND REINHARD KLUGE,
Rechenberg-Bienenmühle

Zur Erinnerung an die Ermordung Hilde Coppis am 5. August 1943 trafen sich - wie alle Jahre - Genossinnen und Genossen aus den Ortsverbänden Brand-Erbisdorf und Freiberg am Gedenkstein beim „Torfhaus“ Holzgau, der früheren Jugendherberge, die bis 1990 den Namen der Antifaschistin trug. Sie gedachten dieser mutigen Frau, die mit den anderen Mitgliedern

keine zureichenden geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Das gilt auch für das Agieren der Reichsbürger, Querdenker und Impfgegner. Dagegen werden die staatliche Aktivitäten gegen radikaldemokratische und linke Kräfte verstärkt, wie der angestrebte Ausschluss der DKP von den Bundestagswahlen zeigt, der glücklicherweise gescheitert ist, auch an einer breiten Solidaritätsbewegung. Erinnert wurde an das kürzlich gesendete Interview mit Genossen Dietmar Bartsch, in dem der Moderator DIE LINKE penetrant als „Partei am Abgrund“ darzustellen versuchte. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit



der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe, einer der bedeutendsten Widerstandsorganisationen (von der Gestapo „Rote Kapelle“ genannt), durch öffentliche Aktionen und interne



Aufklärungsarbeit einen wichtigen Beitrag für die Beendigung des Krieges und des Nazi-Regimes geleistet haben. Nach Verhaftung und Prozess durch die Nazi-Schergen brachte sie im Gefängnis ihren Sohn zur Welt und nannte ihn Hans nach ihrem geliebten Mann, der schon vor ihr hingerichtet worden war. Ihre liebevollen Briefe an seine Eltern und ihre Mutter mit dem Vermächtnis für die Erziehung ihres Söhnchens sind erschütternde Zeugnisse eines Herzens von großer Menschlichkeit in dunkler Zeit.

In der an das Gedenken anschließenden Zusammenkunft kamen drängende Fragen der aktuellen Lage zur Debatte, zunächst das beunruhigende Anwachsen nazistischer, nationalistischer und rassistischer Kräfte in der BRD und in Europa, gegen die von den Instanzen der Staates

unterstrichen, im Wahlkampf mit den Kernzielen soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik und Klimagerechtigkeit einheitlich aufzutreten und alle Kräfte zu bündeln.

Ein weiteres wichtiges Thema der Diskussion war die Bedeutung der antifaschistischen Erinnerungskultur besonders für die Jugend. Wir Linken werden nicht zulassen, dass die unzähligen Opfer von faschistischer Diktatur und Krieg in Vergessenheit geraten. Es ist ungeheuerlich, wenn die AfD im Bundestag verkündet, dass die Zeit des Hitler-Faschismus nur ein „Fliegen-Schiss“ der deutschen Geschichte darstelle. Die Erinnerung an die KZ-Opfer, die Ermordung der europäischen Juden und Sinti und Roma, an die Millionen Kriegsoffer in der Sowjetunion muss lebendig bleiben. Jungen Menschen muss der Schwur von Buchenwald; „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ und das Wissen um die gesellschaftlichen Ursachen als wichtiger Teil ihres historischen Wissens nahe gebracht werden.



Das Wetter spielte leider nicht mit. DIE LINKE hatte am 17. Juli auf dem Marktplatz von Döbeln zu einer Kundgebung zum «Tag der Gerechtigkeit» aufgerufen. Nur ein kleines «Häuflein der Aufrechten» verfolgte die Ausführungen von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und **STEFAN HARTMANN**, denn pünktlich vor dem Veranstaltungsbeginn ging ein kräftiger Regenguss nieder. Die positive Erkenntnis: viele Döbelner spürten die Präsenz der LINKEN. (mehr zur Gerechtigkeitstour auf Seite -6-)

Nach dem auf einem Wahlprogramm-Parteitag beschlossenen Wahlprogramm hat der Parteivorstand der LINKEN in den vergangenen Wochen weitere Weichen gestellt, um im Wahlkampf gegenüber den anderen Parteien programmatische Akzente zu setzen. Das betrifft vor allem:

- ein **Klima-Job-Programm**
- ein **Konzept für soziale Sicherheit und Zukunft**
- eine **Reform der Einkommenssteuer**

Wir stellen im folgenden die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte der genannten Dokumente zusammen.

Linkes Klima-Job-Programm

Vielfach wird Klimaschutz als Bedrohung für Arbeitsplätze und die Interessen der Beschäftigten gesehen. DIE LINKE weiß: Das muss nicht sein. Um wirksamen Klimaschutz mit einer zukunftsfähigen, klimagerechten Wirtschaft und guten Arbeitsplätzen zu verbinden, ist allerdings gezieltes politisches Handeln notwendig. DIE LINKE schlägt ein umfangreiches Investitionsprogramm vor, mit dem in den kommenden Jahren mindestens 1 Million guter Arbeitsplätze, auch in der Industrie, entstehen. Darüber hinaus würde der von uns vorgeschlagene Abbau von unbezahlten und bezahlten Überstunden und der Einstieg in eine allgemein kürzere Vollzeit eine weitere Million Arbeitsplätze entstehen. Damit verbunden wären ein erheblicher Rückgang der Erwerbslosigkeit und der Sozialausgaben und Refinanzierungseffekte aus Steuern mindestens in Höhe der Investitionssumme.

...

Wir setzen auf:

- eine Erneuerbare-Energien-Wende für bezahlbare Energieversorgung (12 Mrd. Euro pro Jahr)
- eine Mobilitätswende für ökologische und Mobilität für alle. Damit einher geht ein Investitionsprogramm in Schienenverkehr und -produktion. (17 Mrd. Euro pro Jahr)
- Investitionen in bezahlbare, energieeffiziente Wohnungen, die von gut bezahlten Beschäftigten gebaut werden. (15 Mrd. Euro pro Jahr)
- einen klimaneutralen Umbau der Kommunen, der wohnortnahe Versorgung, funktionierende Infrastruktur und mehr Lebensqualität ermöglicht (digitale Infrastruktur: 10 Mrd. Euro pro Jahr).

...

1. Der LINKE Jobmotor: mindestens eine Million neue, zukunftssichere Jobs

- Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden.
- Knapp 200 000 Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.
- Durch Investitionen des Bundes in Bahninfrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr können in den nächsten Jahren über 200 000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze geschaffen werden.
- Als Teil unseres sozialökologischen Investitions- und Zukunftsprogramms investieren u.a. in Bildung und Gesundheit:
- Wir wollen den Pflegenotstand, der der Gesundheit von Pflegekräften schadet und Menschenleben gefährdet, beenden. Dafür wollen wir 100 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern sowie 100 000 in Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten einstellen. (Investitionen Infrastruktur Gesundheit und Sonderfonds für 500 Euro pro Monat Zulage für Pfleger*innen: 18,5 Mrd., Rest Gesundheitsversicherung)
- Gute Bildung für alle: Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher*innen ein, um allen Kindern einen guten Kitaplatz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. An den Schulen wollen wir zudem 100 000 neue Stellen für Lehrer*innen und Sozialpädagogen*innen schaffen. (13,4 Mrd. Euro / Jahr; Sanierung Schulgebäude u.a.: 10,3 Mrd. Euro / Jahr)
- Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Nutzer*innen verdoppeln (im Vergleich zu vor

Corona). Dafür brauchen wir wesentlich mehr Mittel vom Bund. Im ÖPNV fehlt es derzeit schon an Personal, mindestens 30 000 Stellen. Mit Ausbau und Verbesserung der Taktung entstehen bis 2030 90 bis 200 000 Stellen. (8,4Mrd Euro pro Jahr)

...

2. Job-Programm durch Arbeitszeitverkürzung

Teil unserer sozialökologischen Transformation ist ein neues Wohlstandsmodell mit mehr Zeitwohlstand. Wir wollen, dass gesundheitsschädliche überlange Arbeitszeiten, wie auch Überstunden, insbesondere unbezahlte der Vergangenheit angehören. Wir streben eine neue kurze Vollzeit mit 28 bis 35 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich an.

- 2020 wurden von den Beschäftigten in Deutschland allein unbezahlte Überstunden in einem Umfang geleistet, welches mehr als 600.000 Stellen in kurzer Vollzeit entspricht.
- Die Reduzierung der bezahlten Überstunden hat ein Potenzial von mehr als 500.000 Stellen in kurzer Vollzeit.
- Würden alle Vollzeitbeschäftigten zumindest im Durchschnitt eine 35 Stundenwoche arbeiten können, würden die Arbeitszeit von ihnen um knapp 1,8 Milliarden Stunden reduziert. Selbst wenn man aufgrund von Produktivitätseffekten annimmt, dass nur die Hälfte dieser Zeit in neue kurze Vollzeitstellen umverteilt würde, entspräche dies immer noch mehr als 600.000 Stellen in kurzer Vollzeit.

Wir wissen, dass viele Teilzeitbeschäftigte gern mehr arbeiten würden, daher gehen wir nur von einem Nettoeffekt für neue Stellen von rund einer Million neuer Stellen in kurzer Vollzeit aus.

Geld für das Programm wäre genug da - mit gerechten Steuern

- Wiedererhebung der Vermögenssteuer (58 Milliarden Euro)
- stärkere Besteuerung von hohen Erbschaften und Schenkungen (10 Milliarden Euro)
- vernünftige Unternehmensbesteuerung (35 Milliarden Euro)
- konsequenterer Steuervollzug und Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen (15 Milliarden Euro)
- eine Gemeindewirtschaftssteuer (15 Milliarden Euro)

Das ergibt mindestens 133 Mrd. Euro an Mehreinnahmen.

Das LINKE Konzept für soziale Sicherheit und Zukunft



Existenzangst abschaffen - So geht Sozialstaat!

Wir wollen mehr als ein Update der Mangelverwaltung. Wir wollen ein neues Betriebssystem des Sozialen: eine öffentliche Infrastruktur, die Armut abschafft, Demokratie mit sozialer Sicherheit fördert und Umverteilung von Oben nach Unten schafft.

» UNSER SOZIALSTAATS-PROGRAMM

Unser Konzept baut auf drei Säulen auf:

- **Gute Arbeit**, mit Löhnen, die nicht nur armutsfest sind, sondern auch für ein gutes Leben und gute Rente reichen. Das stabilisiert auch die Sozialsysteme.
- **Eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur**, die Bildung und Erziehung, ÖPNV, Pflege und Gesundheit für die Nutzer kostenfrei, bzw. ohne Gebühren und Zuzahlungen zur Verfügung stellt. Dafür haben wir ein Programm der öffentlichen Investitionen vorgelegt, das auf höheren Einnahmen durch gerechte Besteuerung von Reichtum und Profiten aufbaut. Die Schwarze Null ist überholt.
- **Ein funktionierender Sozialstaat**. Mit einer wirklich armutsfesten Untergrenze, die in allen Sozialsystemen eingehalten werden muss. Wir nennen das ein solidarisches Mindesteinkommen von 1.200 Euro. In Deutschland gilt: Arm ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettolohns erhält, das sind derzeit 1176 Euro. Deshalb legen wir für das Solidarische Mindesteinkommen die Summe von 1.200 Euro an.

und klimagerechtigkeit im vorfeld der bundestagswahlen

Unser Konzept für soziale Sicherheit und Zukunft im Einzelnen:

- **Mindestlohn**, der für armutsfeste Rente reicht und mit dem nicht aufgestockt werden muss. Jede:r 5. In Deutschland, jede:r 3. in Ostdeutschland arbeitet im Niedriglohn. Um den abzuschaffen, muss der Lohn deutlich über 12 Euro liegen. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro, der regelmäßig angepasst wird.
- **Einnahmen der Sozialversicherungen stärken:** Sozialversicherung ab der 1. Arbeitsstunde, keine Mini- und Midijobs, keine Befreiung für Saisonarbeit von der Sozialversicherungspflicht. Mit allgemeinverbindlichen Tarifverträgen und kürzeren Arbeitszeiten werden die Löhne insgesamt nach oben gedrückt. Die Einnahmen der Umlagesysteme werden stabilisiert, unmittelbaren Sozialleistungen entlastet. *Beispiel Pflegeversicherung: Wenn alle in die gesetzliche Pflegeversicherung einzahlen und alle Einkommen verarbeitet werden, können die Eigenanteile entfallen, sie werden dann von der Versicherung getragen. Das entlastet auch die öffentlichen Kassen, weil die Eigenanteile aus der Sozialhilfe getragen werden, wenn die Mittel der Versicherten aufgebraucht sind.*
- **Existenzangst abschaffen.** Mit einer solidarischen Mindestsicherung von 1.200 Euro für jede/jeden und in jeder Lebenssituation, in der es gebraucht wird. Sanktionen und entwürdigende Antragsverfahren werden abgeschafft. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 2019 darauf hingewiesen: Das Grundrecht auf soziale Teilhabe muss auch für Beziehenden von Grundsicherungsleistungen umgesetzt werden. So werden Armut und Existenzangst nicht nur milder verwaltet, sondern überwunden - und damit auch der Zwang schlechte Arbeit zu Niedriglöhnen anzunehmen
- **Solidarische Mindestrente** als Aufstockung der gesetzlichen Rente auf 1.200 Euro für alle, die es brauchen. Unser Konzept der Erwerbstätigenversicherung bedeutet: Alle zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Das Rentenniveau steigt wieder auf 53 %. Faktisch werden die Renten um 10 Prozent erhöht. In Verbindung mit besseren Löhnen wird in Zukunft die Notwendigkeit, die gesetzliche Rente mit Steuerzuschüssen über die Armutsgrenze zu heben geringer werden.
- **Mindestkurzarbeitergeld:** Das Kurzarbeitergel muss auf 90 % der Bezüge, mindestens auf 1.200 Euro angehoben werden. Unternehmen, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen, dürfen keine Dividenden ausschütten. Wenn Unternehmen nach dem Bezug von Kurzarbeit Sonderschichten anordnen, also die Kurzarbeit nur zur Entlastung der eigenen Lohnkassen genutzt haben, müssen die Leistungen zurückgezahlt werden.
- **Bafög-Erhöhung:** Nur 8 Prozent der Studierenden erhalten derzeit den Bafög-Höchstsatz. Wir wollen ein rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes Bafög, das alle erreicht, die es brauchen. Unsere Reformen des Bafög-Systems bedeuten, dass die Bafög-Sätze auf um die 1.200 Euro steigen, z.T. darüber liegen.
- **Steuerfreies Existenzminimum:** Wir heben den Freibetrag in der Einkommensteuer auf 14.400 (1200/Monat) an. Das ist eine Entlastung der Menschen mit geringem Einkommen - und sie wirkt bis weit in die Mitte hinein. Das wirkt bis in die Mittelschicht: jeder der (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt dann weniger Steuern. Je weniger man verdient, desto mehr profitiert man. Nur wer mehr hat, gibt mehr ab. *Beispiel: Eine Alleinerziehende: (ohne Unterhaltszahlungen) mit einem Brutto-Gehalt von 2.000 Euro/Monat bezahlt nach unserem Konzept 180 Euro im Monat bzw. 2.158 Euro im Jahr weniger an Steuern und Abgaben.*
- **Öffentliche Daseinsvorsorge:** Teilhabe sichern. Armut abzuschaffen ist nicht nur eine Frage der Transferleistungen und der Löhne. Entscheidend ist auch, wie gut ausgestattet und wie teuer die öffentliche Daseinsvorsorge ist: Explodierende Mieten fressen die Löhne auf und verdrängen einkommensärmere Menschen aus den Städten, zum Teil in die Wohnungslosigkeit. Hohe Kita-Gebühren, teure ÖPNV-Tickets, private Nachhilfe für die Kinder. Statt Privatisierungen setzen wir auf die öffentliche Hand, die die Dienstleistungen preisreguliert bzw. kosten- und gebührenfrei zu Verfügung stellt. Daher wollen wir Mietendeckel überall in Deutschland und stärken den sozialen Wohnungsbau, gebührenfreie Kita und Bildung, kostenfreies Mittagessen für alle Kinder in der Ganztagsbetreuung. Innerhalb von 5 Jahren sehen wir flächendeckend kostenfreien ÖPNV vor.
- **Investitionen absichern:** Soziale Sicherheit wirkt als Konjunkturprogramm für die Binnennachfrage, weil das Mindesteinkommen unmittelbar wieder investiert wird. Durch gerechte Steuereinnahmen auf hohe Vermögen, Erbschaften, Unternehmens- und Aktiengewinne steigern wir die Einnahmen so, dass wir gute Sozialleistungen und gute soziale Infrastruktur finanzieren können.

DIE LINKE Einkommenssteuer

Eine gerechte Einkommenssteuer erreichen wir mit folgenden Änderungen:

- **Wir erhöhen den Steuerfreibetrag**
Davon profitiert auch die Mittelschicht, denn nur der darüber liegende Einkommensteil wird besteuert. Bruttolöhne bis 1.567€ im Monat wollen wir überhaupt nicht besteuern. Beschäftigte zahlen derzeit Einkommenssteuer schon ab Bruttolöhnen über 1.125€ im Monat. Das ist zu wenig zum Leben. Wir wollen, dass niemand weniger als 1.200€ im Monat zur Verfügung hat. Deswegen wollen wir ein solidarisches Mindesteinkommen von 1.200€ (statt Hartz-4), und den Steuerfreibetrag auf diese Höhe anheben. Da das Finanzamt für die Berechnung des zu versteuernden Einkommens vom Bruttolohn Freibeträge wie der Arbeitnehmerpauschbetrag abzieht, entspricht unser geforderter Steuerfreibetrag von 14.400€ im Jahr einem Bruttolohn von 1.567€ im Monat. Derzeit liegt der Steuerfreibetrag bei 9.984€ im Jahr.
- **Wir erhöhen den Spitzensteuersatz (Höchstsatz der Einkommenssteuer) wieder auf 53 Prozent.**
Das war noch Mitte der 90er Jahre unter der CDU-Regierung von Helmut Kohl selbstverständlich. Seitdem wurde der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent abgesenkt. DIE LINKE will, dass der Spitzensteuersatz erst ab 76.000 Euro brutto pro Jahr gilt. Das entspricht einem zu versteuernden Einkommen von 70.000 Euro im Jahr. Derzeit gilt der Spitzensteuersatz schon für zu versteuerndes Einkommen ab 58.596 Euro im Jahr und trifft auch mittlere Einkommen.
- **Wir erhöhen die Reichensteuer**
Die Reichensteuer gibt es schon, die hat sich DIE LINKE gar nicht ausgedacht. Der Reichensteuersatz beträgt derzeit 45 Prozent für zu versteuerndes Einkommen ab 278.000 Euro im Jahr. Auf darüber hinausgehendes Einkommen muss aktuell also 45 Prozent statt nur 42 Prozent Spitzensteuersatz gezahlt werden. Wir finden: Wer so viel Geld in einem Jahr verdient kann deutlich mehr zum Gemeinwesen beitragen. Den Reichensteuersatz wollen wir deshalb erhöhen auf 60 Prozent für Einkommen über 278.000 Euro und auf 75 Prozent für Einkommen über einer Million Euro im Jahr. Es gibt in Deutschland fast 25 000 Menschen, die mindestens 1 Million Euro pro Jahr verdienen. Die Zahl dieser Einkommensmillionäre ist seit der Finanzkrise um die Hälfte gestiegen. Es wird Zeit, sie stärker an der Finanzierung zu beteiligen.
- **Kapitalerträge werden besteuert wie alle anderen Einkommen**
Es gibt keinen Grund Aktiengewinne geringer zu besteuern als Arbeitseinkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent schaffen wir deshalb ab. Der Sparfreibetrag bleibt erhalten.
- **Das Ehegattensplitting wandeln wir um in ein zwischen den Partnern übertragbares steuerliches Existenzminimum.**
Über den Freibetrag hinausgehende Einkommen werden individuell besteuert. Damit werden geringe und mittlere Einkommen weiter entlastet. Wir fördern gleichberechtigte Beziehungen. Und sehr hohe Einkommen können nicht mehr klein gerechnet werden.
- **Wir schaffen eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder gleich gut absichert.**
Dazu wird das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro im Monat erhöht. Kinder aus Familien mit wenig Geld erhalten zusätzlich zum Kindergeld einkommensabhängig einen Zuschlag von bis zu 332 Euro im Monat. Damit ersetzen wir den bisherigen Kinderfreibetrag, der Kinder gutverdienender Eltern bevorzugt. Wir entlasten mit unserem Modell die übergroße Mehrheit im Land. Die Minderheit mit sehr hohen Einkommen trägt stärker bei, damit alle gut leben können.
- **Der Solidaritätszuschlag für die höchsten zehn Prozent der Einkommen bleibt erhalten.**
Er ist die progressivste Steuer, die wir haben. Wer den Soli für die oberen zehn Prozent abschaffen will, macht Geschenke an Reiche auf Kosten aller.

die linke im bundestagswahlkampf 2021 - fortsetzung von seite -3- und -4-

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Für einen Bundeswahlkampf sind wir bereit, aber nicht die Kosten der Corona-Krise. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Viele Löhne hoch! Arbeit, die zum Leben passt

Viele Menschen arbeiten hart, trotzdem können ihre Löhne nicht mit dem Preis für Energie, Mieten und Lebensmittel mithalten. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Statt Aufstocken: Mindestens 13 Euro pro Stunde.

Jetzt! DIE LINKE.

Für Bildung und Soziales: Vermögenssteuer.

Jetzt! DIE LINKE.

Wir verteilen den Reichtum so, dass er allen zugutekommt.

Nach den warmen Diskussionen und Verhandlungen in Deutschland sind wir bereit, aber nicht die Kosten der Corona-Krise. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Wir organisieren Pflege und Gesundheit so, dass alle gleich gut versorgt sind.

Subjektive Corona hat gezeigt: Unser Gesundheitssystem ist nicht fit für den Ernstfall. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Menschen vor Profite: Wir machen Wohnen bezahlbar.

Die Mieten sind explodiert, liegt nicht nur an den hohen Energiepreisen, sondern auch an den hohen Mieten. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Wir schaffen gute Renten, die ein gutes Leben im Alter ermöglichen.

Viele Menschen arbeiten hart, trotzdem können ihre Löhne nicht mit dem Preis für Energie, Mieten und Lebensmittel mithalten. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Kein Geschäft mit dem Tod: Waffenexporte verboten.

Die Bundesregierung ist ein Geschäft mit dem Tod. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Frieden. Waffenexporte stoppen.

Jetzt! DIE LINKE.

Hier sind 10 gute Gründe, uns zu wählen.

Jetzt! DIE LINKE.

Solidarität ist unteilbar.

Wir wollen eine Gesellschaft, die für alle da ist. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Wir setzen dem Einfluss von Reichen und Konzernen auf die Politik Grenzen.

Wir setzen dem Einfluss von Reichen und Konzernen auf die Politik Grenzen. Wir fordern die Corona-Kosten vom Staat zu übernehmen.

Das Kurzwahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahl am 26. September - im Original natürlich in gefalteter Form. Es fasst das Wahlprogramm, dessen gedruckte Ausgabe über 150 Seiten hat, in «10 guten Gründen, DIE LINKE zu wählen» kompakt zusammen. Sowohl das Wahlprogramm, als auch seine Kurzfassung stehen auch in einfacher Sprache zur Verfügung.

Stefan Hartmann
Direktkandidat im Wahlkreis Mittelsachsen

Marika Tändler-Walenta
Kreisvorsitzende DIE LINKE, Mittelsachsen

Ihre Sozialversicherung im Bundestag: DIE LINKE.

Ihre Zweitstimme für DIE LINKE.

Zusätzlich zu den 20 mobilen Großflächen im Bereich des Bundestagswahlkreises Mittelsachsen werden in Döbeln, Freiberg und Mittweida aus Mitteln des Kreisverbandes Mittelsachsen weitere drei Großflächen mit der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und dem Direktkandidaten im Wahlkreis Mittelsachsen, **STEFAN HARTMANN**, aufgestellt. Über die Webseite der LINKEN sind Plakatspenden möglich. Der Standort der mobilen Flächen kann von den Spendern selbst bestimmt werden.

gerechtigkeits-tour macht station in mittelsachsen

von MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Am über 70 Stationen hat die Gerechtigkeitstour der Linksfraktion Sachsen gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Halt gemacht, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Dabei ging es vor allem um die Themen unserer Tour, aber auch um alles andere, was die Menschen bewegt. Nach der Auftaktveranstaltung der Gerechtigkeitstour in Freiberg war ich gemeinsam mit Stefan Hartmann und Sebastian Bernhard in weiteren Städten in Mittelsachsen unterwegs. Am Montag, den 12. Juli 2021 waren wir in Flöha und Döbeln und am Dienstag, den 13. Juli 2021 in Mittweida und Rochlitz vor Ort um dort unsere Konzepte für das Ziel - das Land gerechter zu machen - in die Öffentlichkeit zu tragen.



Stationen der Gerechtigkeitstour der LINKEN in Bund und Land waren neben Flöha und Döbeln auch **Mittweida** (Bild oben) und **Rochlitz** (Bild unten). War auch die Resonanz verhalten, zog man doch die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich

Darüber zu reden ist dringlicher denn je, denn die Folgekosten der Corona-Krise drohen auf diejenigen Menschen abgewälzt zu werden, die jetzt schon nur ein geringes Einkommen haben. Dem stellen wir unsere Forderungen nach Umverteilung des Reichtums entgegen und plädieren dafür, dringende Probleme endlich anzugehen, die uns auch in der Pandemie das Leben schwermachen: vor allem Armut und die Profitorientierung im Gesundheitswesen. Während die Pflegerin in der Klinik jede Menge Überstunden schiebt, die Kassiererin im Supermarkt für den Mindestlohn schuftet und Menschen in Kurzarbeit Existenzängste aushalten müssen, wuchs das Vermögen der Reichsten in Deutschland 2020 um 75 Milliarden Dollar. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter geöffnet als je zuvor. Die Bundesregierung nimmt diese Entwicklung einfach hin. Anstatt sich um die unter der Krise existenziell leidenden Menschen zu kümmern, werden lieber Großkonzerne mit Milliardenumsätzen gerettet. Diese Politik sorgt zurecht für Unverständnis und für einen Vertrauensverlust. Dem muss ein Ende gesetzt werden! Gerechtigkeit geht nur mit neuen Konzepten und einer entschiedenen Umverteilung. Die Krise ist ein warnendes Zeichen, dass es kein „Weiter so“ geben kann.

Wie seit Beginn der Corona - Pandemie fand der Kreistag am 14. Juli in der „HarthArena“ in Hartha statt. Wegen der deutlich gesunkenen Inzidenzwerte fand die Beratung erstmals ohne die Pflicht zur „Mund - Nasen- Bedeckung“ statt.

Ein großer Teil der Tagesordnung wurde von den Vergaben der Netzzerrichtungs- und Netzbetriebskonzessionen für den **Breitbandausbau** in den Kommunen bestimmt (über die bereits in vergangenen Kreistagssitzungen erfolgten Vergaben haben wir in mehreren Ausgaben der LinksWorte berichtet). Mit der Entscheidung des Kreistages sind die letzten Vergaben in Koordination des Landkreises erfolgt. Der Landrat wurde ermächtigt, die entsprechenden Verträge mit der Energie in Sachsen zu schließen. Nach Informationen des Landratsamtes beträgt das Gesamtvolumen der Ausbaucosten für die 31 Kommunen, welche die Aufgabe des geförderten Breitbandausbau durch einen öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrag an den Landkreis übertragen haben, zusätzlich weiterer Anschlüsse in Institutionen und Gewerbegebieten, 134,8 Millionen Euro. Insgesamt sollen rund 31 Schulen und 7500 Gebäude angeschlossen werden, hinzu kommen bis zu 13 000 weitere Anschlüsse. Dies wird ermöglicht, weil die Häuser an den Ausbautrassen zur Erschließung schlecht versorgter Gebiete stehen. Von den diesmal erfolgten Vergaben profitieren die Gemeinden Altmittweida, Bobritzsch-Hilbersdorf, Döbeln, Flöha, Frankenberg, Großschirma, Kriebstein, Leisnig, Lichtenau, Mulda, Oberschöna, Reinsberg, Rossau, Roßwein, Waldheim, Weißenborn und Zschaitz-Ottewig. Für die Kommunen, die den Breitbandausbau in eigener Regie durchführen, hat der Hainicher Oberbürgermeister, Kreisrat Greysinger zum wiederholten Male die Übernahme der Eigenanteile durch den Freistaat bzw. den Landkreis angemahnt.

Im folgenden Tagesordnungspunkt stand die 1. Änderung der **Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume in Schulen und Verwaltungsgebäuden des Landkreises** zur Beratung und Beschlussfassung an. Die Änderung war notwendig geworden, da die Evangelisch - Lutherische Landeskirche ein Normenkontrollverfahren gegen den Ausschluss der Nutzung durch religiöse Gemeinschaften bzw. religiöse Gruppierungen angestrengt hatte. Mit Urteil vom 14. Oktober 2020 hat das Obergericht Bautzen diese Regelung für rechtswidrig erklärt. Mit der vorgelegten Änderung wird diesem Urteil Rechnung getragen. Jetzt sind auch Weltanschauungsgemeinschaften von der Nutzung ausgeschlossen. Bis auf acht Enthaltungen hat der Kreistag der Änderung zugestimmt. Ein von der AfD-Fraktion zur Vorlage eingebrachter Änderungsantrag wird bis zum nächsten Kreistag im September geprüft.

Im nächsten TOP stand ein Antrag der AfD-Fraktion zur Beratung an. Thema des Antrages: „Sicherheit für die Bürger herstellen und Wort halten - Mindestens 1000 m Abstand gesetzlich verankern und Windkraft im Wald verhindern!“ Hintergrund des Antrages ist die Tatsache, dass es in Sachsen bislang noch keine rechtlich verbindliche Regelung für **Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung** gibt. Bekannt ist aber auch, dass im zuständigen Ministerium an einer gesetzlichen Regelung gearbeitet wird! Den Standpunkt unserer Fraktion hat Jana Pinka mit deutlichen Worten sachlich fundiert zum Ausdruck gebracht. Wir haben diesen Antrag in allen Punkten abgelehnt! Der Antrag ist populistisch und soll der AfD mehr Stimmen bei der Bundestagswahl im September bringen. Interessant ist, dass die CDU-Fraktion vor der Kreistagssitzung in der „Freien Presse“ den Antrag noch als „entbehrlich“ bezeichnet hat! Im Kreistag hat dieselbe Fraktion dann aber nicht zum ersten mal „Schulterchluss“ mit der AfD geübt und dem Antrag zugestimmt!

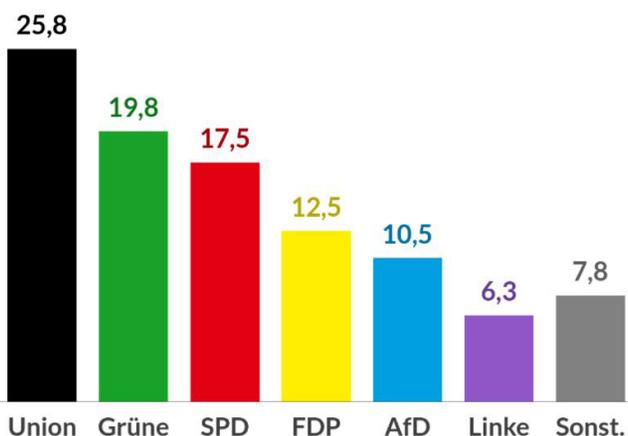
Im folgenden Tagesordnungspunkt hat der 1. Beigeordnete, Dr. Beier, über den Stand des Landkreises im Sonderprogramm „Stadt und Land“ informiert. Hier steht der **Ausbau der Radwege im Landkreis** auf dem Prüfstand. Den Beschluss dazu hatte der Kreistag im Mai gefasst. Dr. Beier konnte auf einige Fortschritte verweisen. Gleichzeitig machte er aber auch deutlich, dass für ein modernes Radwegenetz im Landkreis noch viel zu tun ist. Der Initiator des Beschlusses, Kreisrat Greysinger, stimmte der Aussage von Dr. Beier zu. Er informierte aber auch über seine Erfahrungen bei Ausflügen mit dem Rad in anderen Landkreisen. Dort ist man oftmals viel weiter als bei uns. Allein eine verbesserte Ausschilderung der Radwege bringt viel und kostet wenig.

Im TOP „Anfragen der Kreisräte“ habe ich die Kritik der Bürger unseres Landkreises an der **Arbeit der Kfz-Zulassungsbehörde des Kreises**, die am 10. Juli sehr deutlich in der „Freien Presse“ zu lesen war, vorgetragen. Auch für mich ist es verständlich und nicht nachvollziehbar, dass die Außenstellen in Mittweida und Zug aus „organisatorischen Gründen“ geschlossen bleiben sollen! Umso weniger, da Mitte Juli die Inzidenzwerte im Landkreis nahe Null lagen und seit dem 1. Juli auch keine Kontakterfassung bzw. -verfolgung mehr notwendig war. Die Begründung von Dr. Beier, das sich das Archiv in Döbeln befindet und man dort manchmal Akten suchen muss, ist für mich eine Ausrede für mangelhafte Organisation. Zumindest wird mittlerweile über zusätzliche Öffnungszeiten in Döbeln nachgedacht. Unsere Forderung nach Öffnung von Mittweida und Zug bleibt bestehen.

sonntagsfrage aktuell: stand vom 08. august

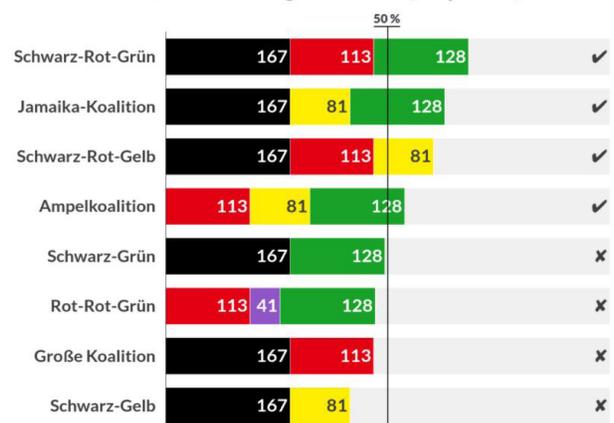
Bundestagswahl 2021

Mittelwerte der letzten Umfragen*



Mögliche Koalitionen

nach der Bundestagswahl 2021 (Projektion)



Im Bild die gemittelten bzw. projizierten Umfragewerte zur bevorstehenden Bundestagswahl mit Stand vom 8. August. Zugrunde gelegt wurden die aktuellen Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ der wichtigsten Meinungsforschungsinstitute (u.a. Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap, INSA).

Quelle: www.bundestagswahl-2021.de

Nach Redaktionsschluss: Laut Forsa vom 11. August kämen die Grünen (20%), die SPD (19%) und DIE LINKE (7%) erstmals seit längerem wieder auf eine knappe rechnerische Mehrheit. Die CDU würde auf 23% zurückfallen, die FDP käme auf 12%, die AfD auf 10%.

das "team tändler-walenta" - aktiv im landtag und in seinem mittelsächsischen wahlkreis

unterwegs in mittelsachsen

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

ehemaliges Konzentrationslager Sachsenburg

Am Montag, den 26. Juni 2021 war ich gemeinsam mit unserem Direktkandidaten **STEFAN HARTMANN**, der Direktkandidatin für den Wahlkreis Leipzig-Nord, **NINA TREU** und unserem kulturpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion **FRANZ SODANN** im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenburg bei Frankenberg. Eines der frühen Konzentrationslager (1933-37) in Sachsen, das auch als Vorläufer der späteren Lager wie Buchenwald und Sachsenhausen bezeichnet werden kann. Im KZ Sachsenburg wurden vor allem politische Gegner, wie Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gefangen genommen. Während des gesamten Zeitraums von 1933 bis 1937 wurden ca. 10.000 Gefangene im KZ Sachsenburg inhaftiert. Als Linke unterstützen wir die langjährige Forderung, im Gebäudeensemble des ehemaligen Konzentrationslagers eine zentrale sächsische Gedenkstätte einzurichten. Hierzu gehört für uns auch die Kommandantenvilla, denn im ehemaligen KZ wurden auch Wachmannschaften militärisch ausgebildet sowie SS-Kommandanten ausgewählt und auf ihre „Karrieren“ vorbereitet.



„Hof zur Bunten Kuh“ in Frankenberg

Vor unserem Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenburg besichtigten wir den ‚Hof zur bunten Kuh‘ in Frankenberg. Gemeinsam mit Nina Treu haben wir uns darüber informiert, wie Landwirtschaft, Klimaschutz und gesellschaftliche Teilhabe „auf einen Nenner“ gebracht werden können. Neu war für uns, mit welchen natürlichen Maßnahmen der Anbau ökologisch und trotzdem ertragreich bewirtschaftet werden kann. Großartig fanden wir die teils unkonventionellen Ideen der Bewirtschaftung und die Freude der Akteure am Ausprobieren. Überrascht waren wir über die Überforderung und Probleme der öffentlichen Verwaltung, bürokratisch mit solchen Projekten agieren zu können. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass solche Projekte mit zukunftsweisendem Charakter unbürokratischer umgesetzt und langfristig etabliert werden können, denn sie sind ein wichtiger Baustein zu einer sozial-ökologischen Wende, wie wir sie fordern.



Kulturbahnhof Leisnig

Am Freitag, den 30. Juli 2021 besuchten wir ein weiteres zukunftsweisendes Projekt in Mittelsachsen - den Kulturbahnhof in Leisnig. Mit dabei waren der Kreistagsabgeordnete **TORSTEN BACHMANN** und der Vorsitzende des Ortsverbandes Leisnig, **DIETER KUNADT**. Die Initiatoren, allesamt Musikerinnen, hatten den Traum einen gemeinsamen Ort der Begegnung für Menschen aus aller Welt zu schaffen an dem es möglich ist jederzeit zu musizieren. Auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten sind sie auf den alten Bahnhof in Leisnig gestoßen und nach der gemeinsamen Besichtigung war klar, hier soll das Projekt umgesetzt werden. Mit viel Engagement und Herzblut soll aus einem alten und baufälligen Bahnhof eine kulturelle Begegnungsstätte geschaffen werden. Der Bahnhof Leisnig ist ein Beispiel dafür, wie Kulturinitiativen lokale Gegebenheiten auf positive Weise formen, beeinflussen und verändern können und durch gegenseitiges Geben und Nehmen ein positiver Synergieeffekt für die Stadt entsteht. Aus meiner Sicht ein tolles Projekt was unsere Unterstützung verdient und allemal einen Besuch wert ist.



Am 14. Juli 2021 war ich gemeinsam mit Stefan Hartmann beim Empfang von Oberbürgermeister Volker Holuscha, anlässlich seines 60. Geburtstages. Volker hatte in den Stadtsaal der „Alten Baumwolle in Flöha“ eingeladen und wir haben es uns natürlich nicht nehmen lassen, ihm an seinem Ehrentag persönlich zu gratulieren.



ringen um die reaktivierung stillgelegter bahnstrecken im norden des landkreises mittelsachsen

Vorgeschichte

Während Burgstädt, Hainichen und Mittweida über die Stufe 1 des Chemnitzer Modells inzwischen solide an das Eisenbahnnetz angeschlossen sind, gibt es im nördlichen Teil des Landkreises Mittelsachsen zwei «Baustellen»:

- Die Anbindung von Rochlitz nach Norden über Colditz und Großbothen an die Mitteldeutsche Eisenbahn und nach Süden über Narsdorf und Burgstädt an das Chemitzer Modell.
- Die Reaktivierung der Strecke von Döbeln über Roßwein und Nossen nach Meißen-Triebischtal.

Beide Vorhaben sind übrigens Bestandteil der aktuellen Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, SPD und Grünen in Sachsen, nachdem mehr als ein Jahrzehnt praktisch nichts passiert war.

Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat sich aus der Opposition heraus mit Unterstützung von MdB Caren Lay der Sache angenommen, da in Sachsen eine Verankerung im Koalitionsvertrag durchaus noch nicht bedeutet, dass die Vereinbarung auch umgesetzt wird. Die Antwort der Bundesregierung auf eine von Caren Lay initiierte Kleine Anfrage zur «Stilllegung und Wiederbelebung von Bahnstrecken in Sachsen» erbrachte im Wesentlichen den Verweis, dass das in die Länderkompetenz falle.

Am 22. Juni verkündete die Deutsche Bahn AG die Wiederbelebung von 20 Strecken und die Identifizierung weiterer Strecken für die Wiederbetriebnahme. Bezeichnend, dass Sachsen neben Thüringen und Hessen vorerst außen vor bleibt, da «noch Gespräche zu potenziellen Strecken laufen». Wie inzwischen durchgesickert ist, wird auf einer Pressekonferenz Mitte August ein vom sächsischen Verkehrsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten vorgestellt, in welchem «untersuchungswürdige» bzw. «gegebenenfalls untersuchungswürdige» Strecken benannt werden. Dort sollen Döbeln-Meißen-Triebischtal, Rochlitz-Narsdorf und Rochlitz-Großbothen enthalten sein.

Döbeln - Meißen-Triebischtal

Insgesamt bestehen gute Chancen, den Streckenabschnitt zu reaktivieren. Obwohl der Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) im Jahr 2015 die Abbestellung des Zugverkehrs der Regionalbahnlinie 110 von Döbeln nach Meißen beschloss und durch den Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) seither Bahnersatzverkehr angeboten wird (siehe die folgende Abbildung), ist die Bahnverbindung vor allem für die



Die aktuelle Situation seit der Stilllegung im Dezember 2015: Von Döbeln nach Dresden mit dem Bus, aber Umsteigen in Nossen an einem «verlässlichen Anschlussknoten». Das Argument: So werde den Fahrgästen die Möglichkeit geboten, direkt nach Dresden zu fahren und nicht nur über Meißen.

Berufspendler*innen aus Döbeln, Roßwein und Nossen wichtig. Neben den Bürgermeistern und Stadträten setzt sich u.a. auch der Landesverband Elbe-Saale des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) für die Reaktivierung der Regionalbahnlinie ein.

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Caren Lay, lädt am 16. September zu einer Wandertour entlang der stillgelegten Eisenbahnstrecke Döbeln-Nossen-Meißen und zu Unterwegs-Kundgebungen Roßwein und Nossen ein.

Anbindung von Rochlitz

Die Aufmerksamkeit in Rochlitz konzentriert sich gegenwärtig vor allem auf den Streckenabschnitt nach Großbothen und damit den direkten Anschluss an das Leipziger S-Bahn-Netz. Vor allem die Stadt Colditz sitze deshalb mit im Boot, die auch seit 2007 vom Eisenbahnverkehr abgeschnitten ist. Das erfuhren Caren Lay und Marika Tändler-Walenta bei einem Gespräch am 15. Oktober des vergangenen



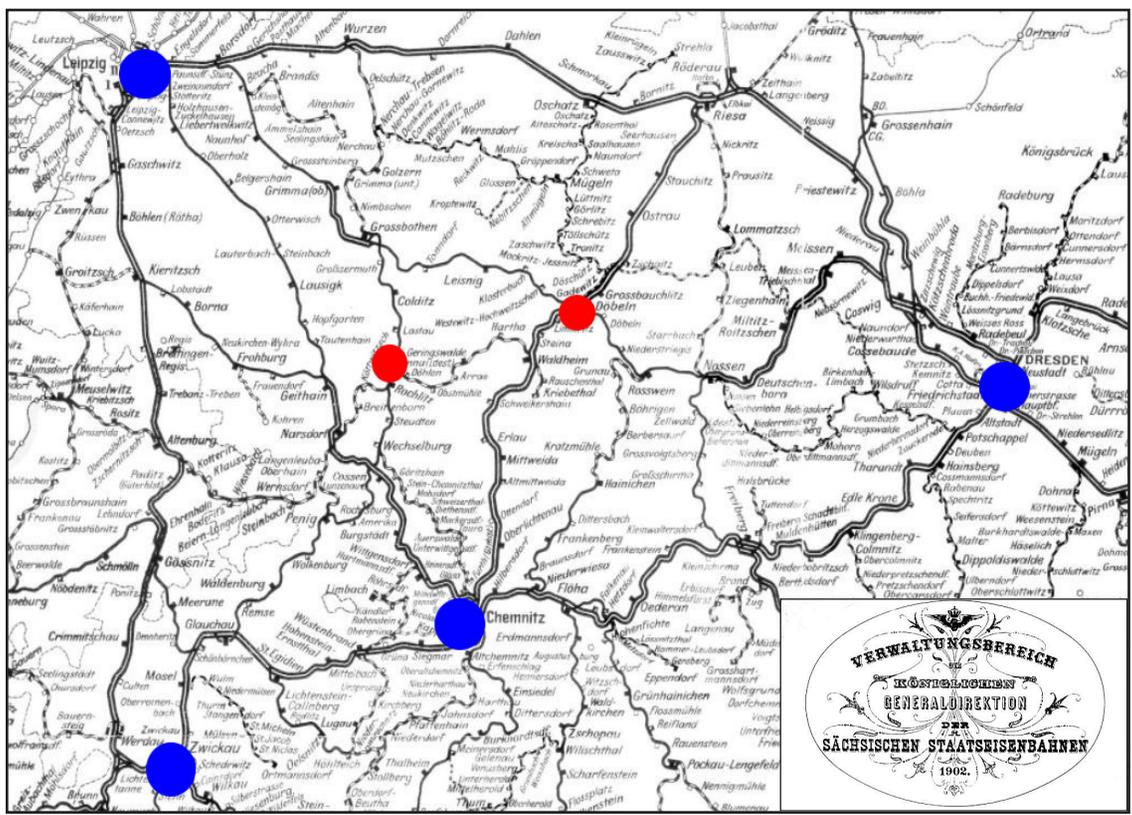
Mögliche Konsequenzen: Der im August 2007 stillgelegte Streckenabschnitt Rochlitz-Großbothen der ehemaligen Muldentalbahn (grün) und der im November 2007 stillgelegte Streckenabschnitt Rochlitz-Narsdorf der ehemaligen Linie Rochlitz-Penig (blau) könnten wiederbelebt werden.

Jahres beim Rochlitzer Oberbürgermeister Frank Dehne. (wir berichteten). Es besteht die Chance, dass für beide Streckenabschnitte von Rochlitz aus der Schienenverkehr für den Zeitraum von 2025 bis 2037 neu ausgeschrieben werde.

Die beiden Städte Rochlitz und Colditz haben im Frühjahr eine Unterschriftenaktion unter der Bevölkerung initiiert. Damit soll erreicht werden, dass ab 2025 von Rochlitz aus wieder Züge rollen.

Ausschnitt aus der Karte des «Verwaltungsbereiches der Königlich Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen von 1902». Die Zeit zwischen 1900 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs war die Hochzeit der Eisenbahn in Deutschland, doch der Siegeszug des Automobils deutete sich bereits an. Hervorgehoben habe ich die vier größten sächsischen Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau sowie die beiden Eisenbahnknoten Döbeln und Rochlitz. Von den einst durch Rochlitz führenden bzw. von hier ausgehenden Strecken

- über Narsdorf nach Penig (eröffnet 1872)
 - mit der Muldentalbahn nach Glauchau bzw. Wurzen (eröffnet zwischen 1875 und 1877)
 - über Hartha nach Waldheim (eröffnet 1893)
- wird keine mehr befahren bzw. ist komplett abgebaut. Döbeln als Kreuzungspunkt der Strecken Leipzig-Dresden und Riesa-Chemnitz hat seinen Anschluss über Meißen nach Dresden verloren.



„politischer extremismus“ - ein umstrittener begriff

von ACHIM GRUNKE

Beinahe täglich wird in den Medien vom politischen Extremismus berichtet, mal vom Rechtsextremismus, mal vom Linksextremismus und manchmal auch vom islamistischen Extremismus.

Der Begriff des „Extremismus“ ist noch nicht so alt. Bis in die 1970er Jahre wurde in der alten Bundesrepublik mit den Begriffen des Links- und des Rechtsradikalismus hantiert, nur gelegentlich wurde der Extremismusbegriff synonym dazu verwendet. Erst seit 1973 wird der Extremismusbegriff vom Verfassungsschutz verwendet und wurde seit den 1980er Jahren von einigen dem Verfassungsschutz nahestehenden Politologen (Armin Pfahl-Traughber, Eckhard Jesse und Uwe Backes) in die Debatte eingeführt. Zusammen mit einigen anderen Politologen begründeten sie eine neue Sparte der Politikwissenschaft, die Extremismusforschung.¹

Während politische Extremisten jetzt jenseits der Normen des demokratischen Verfassungsstaats eingeordnet wurden, galt das nunmehr für politisch Radikale nicht mehr, denn das aus dem lateinischen Wort für Wurzel (= radix) abgeleitete Wort radikal bedeutet eben nur, bestimmten Dingen auf den Grund bzw. halt an die Wurzel zu gehen, was erst mal nicht verwerflich und politisch gefährlich sein kann.

Jedoch ist der Extremismusbegriff kein „Rechtsbegriff“ und auch unter Wissenschaftlern bleibt er umstritten. Weder in Creifelds Rechtswörterbuch vom Verlag C. H. Beck noch in Pipers Wörterbuch zur Politik. Politikwissenschaft, beides unter Wissenschaftlern anerkannte und geschätzte Wörterbücher, ist ein Stichwort „Extremismus“ zu finden. Was unter Extremismus in Abgrenzung zu Radikalismus zu verstehen ist und ob es strukturelle Gemeinsamkeiten der verschiedenen Extremismen (Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamistischen Extremismus u.a.) gibt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ob eine politische Position als rechtsextremistisch, ggf. in Abgrenzung zu „rechtsradikal“ einzustufen sei, dafür gebe es keine rechtlich verbindliche normative Definition, sondern es sei eine Frage des politischen Meinungskampfes und der gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung, so besagt es ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2010.

In einer Debatte zur Extremismustheorie im Internetportal der Bundeszentrale für politische Bildung wurden die unterschiedlichen Auffassungen pro und kontra zum Extremismusbegriff durch mehrere Wissenschaftler vorgetragen.²

demokratische Verfassungsordnung und Extremismus

Die Vertreter der Extremismustheorie verstehen politischen Extremismus als Sammelbegriff für Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich gegen die demokratische Verfassungsordnung richten. Extremismus kann hiernach nur in negativer Abgrenzung zur demokratischen Verfassungsordnung definiert werden. Was nun eine demokratische Verfassungsordnung ist, dafür wird die Bestimmung der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) herangezogen, wie sie im Verbotsurteil der Sozialistischen Reichspartei (einer Nazipartei in der Tradition der NSDAP) vom 23. Oktober 1952 des Bundesverfassungsgerichts definiert wurde:

„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG [Grundgesetz] ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen

der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Pfahl-Traughber nennt folgende Abgrenzungskriterien zum Extremismus:³

- die Abwalmöglichkeit von Regierenden;
- die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative;
- die Anerkennung der Menschenrechte;
- das Prinzip des Pluralismus;
- die Rechtsstaatlichkeit (das Handeln von Staat und Verwaltungen ist an geltendes Recht gebunden);
- die Säkularität (der Staat hat säkular und nicht religiös zu sein, ein „weltlicher“ Staat, hat Religionsfreiheit zu garantieren);
- die Volkssouveränität (die Staatsgewalt geht durch Wahlen vom Volk aus).

als akzeptierte und wichtige Wertvorstellungen.



Kritik am Extremismuskonzept

In der bereits o.g. Debatte zur Extremismustheorie im Internetportal der Bundeszentrale für politische Bildung wurden etliche Kritikpunkte am Extremismuskonzept benannt:

- Da unter dem Extremismusbegriff ganz unterschiedliche politische Richtungen unter einen Begriff subsumiert werden, wird von politischen Inhalten dieser Richtungen abstrahiert. Der Sammelbegriff umfasse mithin Objekte, die mehr voneinander trennt, als sie miteinander verbindet.
- Im Extremismuskonzept werden Rechts- und Linksextremismus als entgegengesetzte Endpunkte um ein Zentrum der demokratischen Mitte dargestellt (Stichwort „Hufeisentheorie“). Damit bestehe die Gefahr, dass Links- und Rechtsextremismus häufig trotz der fundamentalen Unterschiede inhaltlich gleichgestellt werden. Dabei werde ganz übersehen, dass antidemokratische

Einstellungen und Verhaltensweisen in nicht geringen Maße auch aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Insofern sei der Extremismusbegriff eindimensional und in den Sozialwissenschaften unbrauchbar.⁴

■ Der Extremismusbegriff sei zu staatszentriert und leiste einer Verharmlosung des Rechtsextremismus Vorschub. Rechtsextremismus richte sich nicht nur gegen die demokratische Verfassungsordnung, sondern greife auch Minderheiten in der Gesellschaft an, was durch einen staatszentrierten Extremismusbegriff nicht erfasst werde.

■ Da der Extremismusbegriff zu sehr auf Staat und Verfassung fixiert sei, habe er auch die sozialen Grundlagen für antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen nicht im Blick und sei insofern analytisch wertlos. Das Extremismuskonzept kaschiere, dass die parlamentarische Demokratie weniger von den politischen Rändern als von den Eliten selbst bedroht werde, die ihre Privilegien durch Massenproteste gefährdet sehen und ihre Gegner als „Extremisten“ brandmarken. Das Extremismuskonzept erkläre wenig und verneble zudem das, was wichtig sei, nämlich die sozialökonomischen Entstehungsursachen sowie das Wesen und die Wurzeln von Rechtsextremismus, Faschismus und gewalttätigem Neonazismus aufzudecken.⁵

■ Der Extremismusbegriff sei kein wissenschaftlicher Begriff, sondern diene eher als politischer Kampfbegriff zum Zwecke der Skandalisierung, Ausgrenzung und Ausschaltung von politischer Konkurrenz und erschwere dadurch eine differenzierte und ausgewogene Diskussion um antidemokratische Tendenzen.

■ Insgesamt sei der Extremismusbegriff historisch überholt und passe eher in die Zeit des kalten Krieges. „Nach den Wahlen in Thüringen war sie wieder da, die berühmte Extremismustheorie. Warum die Theorie nicht zeitgemäß ist - und niemals war“, titelte ZDF-Online am 14.02.2020 nach der Landtagswahl in Thüringen.

Das zusammenfassende Fazit von Richard Stöss (Prof. em. An der FU Berlin) lautet:

„Das Extremismuskonzept mag für die Praxis der Verfassungsschutzbehörden hinreichend präzise und handhabbar sein, für sozialwissenschaftliche Analysen ist es ohne Nutzen. Es führt nicht zu neuen Erkenntnissen, es verhindert sogar differenzierte Einsichten in die komplizierte Welt gesellschaftlich-politischer Sachverhalte. Denn der Extremismusbegriff beruht auf zweifelhaften Annahmen, zwingt völlig unterschiedliche Untersuchungsobjekte in eine Schublade, betreibt Schwarz-Weiß-Malerei und wird auch durch seine Eindimensionalität der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Daher zählt das Extremismuskonzept auch nicht zum Standard sozialwissenschaftlicher Forschung.“

¹ Vgl. Wolfgang Wippermann: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende.

² siehe www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200097/debatte-extremismustheorie.

³ Vgl. Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (I), S. 10ff.

⁴ Vgl. auch Richard Stöss: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften.

⁵ Vgl. Christoph Butterwegge: Die Entsorgung des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2010.

kreisvorstand aktuell

Im Juli fand keine Sitzung des Kreisvorstands statt. Vorgesehen ist noch im August auf Einladung der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta eine Zusammenkunft im Landtag sowie im September eine Sitzung mit dem Wahlkampf-Endspurt zur Bundestagswahl als Schwerpunkt.

Am 29. Juli fand in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Freiberg eine Beratung des Kreisvorstands mit den Vorsitzenden der Ortsverbände statt. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung des Kreisverbandes und der Ortsverbände auf den Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahlen am 26. September.

Nach einleitenden Bemerkungen der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** zu den Aktivitäten im Kreisverband informierte **STEFAN HARTMANN**, Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen) über die inhaltlichen Schwerpunkte der LINKEN. Er ging auch auf aktuelle Ereignisse, wie die Diskussion zum neuen Buch von Sahra Wagenknecht und die Eröffnung eines Parteiausschlussverfahrens gegen sie ein. Es schloss sich eine angeregte Diskussion an.



Der ehrenamtliche Wahlkampfmanager im Kreisverband, **MAXIMILIAN LENK**, erläutert in einer Präsentation die vorgesehene Wahlkampfplanung im Kreis. Im Bild die Vorstellung der acht Themenplakate.

Danach präsentierte **MAXIMILIAN LENK** die Wahlkampfplanung im Kreis. Dabei ist zu beachten, dass Teile des Landkreises Mittelsachsen um Burgstädt, Penig und Rochlitz zum Bundestagswahlkreis 163 (Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II) gehören und deshalb besondere Abstimmungen erforderlich sind. Diese erfolgen mit **DIETER ERLER**, Kreisvorstandsmitglied aus Rochlitz, der den Bundestagswahlkreis 163 koordiniert.

Die Anlieferung der Materialien erfolgt am 13. August. Danach wird die Verteilung an die Ortsverbände organisiert. Es geht dabei für den Bundestagswahlkreis 161 u.a. um fast 2.500 Plakate, um 60.000 Wahlkampfzeitungen und die verschiedensten Kleinwerbmittel, die vor allem zu Aktionen und an Infoständen eingesetzt werden sollen. In Mittelsachsen werden ab 9. August 20 mobile Großflächen mit drei unterschiedlichen Motiven während der Standzeit zum Einsatz kommen. Zusätzlich finanzieren wir in Döbeln, Freiberg und Mittweida drei eigene Großflächen mit Marika Tändler-Walenta und Stefan Hartmann als Motiv.

Abschließend informierte Marika Tändler-Walenta über feststehende Termine und Veranstaltungen bis zum Wahltag.

unsere jubilarer

All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!



Im September wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

GERD FUHRMANN	geb. am	09.09.1951,	in	Zettlitz
JOHANNES LÜTZNER	geb. am	11.09.1935,	in	Burgstädt
HILDEGARD HINTERSDORF	geb. am	12.09.1928,	in	Mittweida
RUTH KRETZER-BRAUN	geb. am	13.09.1941,	in	Freiberg
REGINA OLDENBURG	geb. am	14.09.1940,	in	Leisnig
LOTHAR KÖTZSCH	geb. am	14.09.1932,	in	Brand-Erbisdorf
DIETER GRUNERT	geb. am	15.09.1951,	in	Flöha
RAINER MOLLÉE	geb. am	17.09.1941,	in	Freiberg
LORE SCHOLZ	geb. am	19.09.1933,	in	Mittweida
MARGARETE SCHWARZE	geb. am	20.09.1933,	in	Burgstädt
MARTIN WINKLER	geb. am	21.09.1941,	in	Lichtenau
INGEBORG DELLING	geb. am	21.09.1938,	in	Augustusburg
GOTTFRIED BÖRNER	geb. am	23.09.1937,	in	Brand-Erbisdorf
HARALD OEHMICHEN	geb. am	30.09.1930,	in	Halsbrücke

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im august 2021

- 31.08. 1821:** Hermann von Helmholtz, Universalgelehrter, geboren,
- 13.08. 1871:** Karl Liebknecht geboren,
- 16.08. 1896:** Tina Modotti, italienisch-mexikanische Fotografin und Revolutionärin, geboren,
- 12.08. 1921:** Gründung der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin,
- 26.08. 1921:** Matthias Erzberger, bürgerlicher Politiker und Publizist, ermordet,
- 09.08. 1931:** Volksentscheid für die Auflösung des Preußischen Landtages,
- 07.08. 1941:** Rabindranath Tagore, indischer Schriftsteller, gestorben,
- 14.08. 1941:** Unterzeichnung der „Atlantik-

- Charta“ durch Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill,
- 14.08. 1941:** Maximilian Kolbe, katholischer Priester und Widerstandskämpfer, ermordet,
- 05.08. 1946:** Wilhelm Marx, ehemaliger Reichskanzler, gestorben,
- 06.08. 1981:** Entscheidung des US-Präsidenten Ronald Reagan, zum Bau der Neutronenbombe,
- 19.08. 1991:** Putschversuch gegen Michail Gorbatschow,
- 20.08. 1996:** Rio Reiser, PDS-Mitglied und Sänger, gestorben,
- 14.08. 2016:** Hermann Kant, DDR-Schriftsteller, gestorben.

ZUM SCHMUNZELN

Avantgardisten sind Leute, die nicht genau wissen, wohin sie wollen, aber als Erste da sind.

Romain Gary

Reklame ist die Kunst, auf den Kopf zu zielen und die Brieftasche zu treffen.

Vance Packard

terminübersicht

august 2021:

- 14.08. 14:00 Uhr Demo in Freiberg „Schicht im Schacht“ - rechte Hegemonien durchbrechen
- 15.08. Offizieller Beginn der Plakatierung im Bundestagswahlkampf
- 19.08. MdB **SÖREN PELLMANN** in Mittelsachsen
- 20.08. 15:00 Uhr Haustürwahlkampf in Mittweida mit Stefan Hartmann
- 26.08. 11:00 Uhr „Branch mit **DIETMAR BARTSCH**“
Freiberg, Schlossplatz
- 31.08. 19:00 Uhr Wahlforum der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (präsent und online)
Bundestagswahlkreis 163
Bürgerhaus Rochlitz

september 2021:

- 01.09. 11:00 Uhr Stern- und Friedensfahrt von Döbeln nach Dresden zur Veranstaltung mit **GREGOR GYSI** anlässlich des Weltfriedentages
Treffpunkt: Döbeln, Niedermarkt
- 03.09. 09:00 Uhr „Bettentour“ mit der Landesvorsitzenden der LINKEN, **SUSANNE SCHAPER**
Anlass ist die Schließung der Geburtsstation im Krankenhaus Leisnig
- 06.09. 19:00 Uhr Wahlforum der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (präsent)
Bundestagswahlkreis 161
Städtischer Festsaal Freiberg
- 08.09. MdB **KATJA KIPPING** in Mittelsachsen
- 13.09. 19:00 Uhr Wahlforum der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (präsent und online)
Bundestagswahlkreis 161
Hochschule Mittweida
- 16.09. 10:00 Uhr Wandertour mit MdB **CAREN LAY** entlang der stillgelegten Eisenbahnstrecke Döbeln-Nossen-Meißen Kundgebungen in Roßwein und Nossen
- 22.09. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Mittweida, Bürgerbüro Weberstraße



Die Gerechtigkeitstour der LINKEN machte auch in Döbeln Station. Siehe dazu auch unsere Berichte auf Seite -3- und -6-

Unsere langjährigen Erfahrungen bei der Durchführung von Infoständen

von **RUTH FRITZSCHE**

Auf dem Wahlprogrammparteitag der LINKEN wurde darauf orientiert, das Wahlprogramm unter der Bevölkerung bekannt zu machen. Nach kurzer Verschnaufpause kam dazu aus der Bundesgeschäftsstelle das Material unter dem Motto „8 Gründe, DIE LINKE zu wählen“.

Aus alter Tradition - hatten wir uns doch bereits zu PDS-Zeiten daran gewöhnt - präsentierten wir uns viele Jahre lang mit Tresen und Fahne bzw. rotem Schirm regelmäßig mit Info-Ständen als Ortsverband Freiberg Der LINKEN in der Öffentlichkeit. Und jetzt gab es eine neue Herausforderung. Für uns war wichtig, bei der Stadtverwaltung Freiberg sofort Info-Stände anzumelden.



Seit dem Wahlprogrammparteitag führten wir in Freiberg an Markttagen und am Freiburger „Unicent“ insgesamt fünf Info-Stände durch, an denen sich auch zweimal unsere Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und einmal der Direktkandidat unseres Bundestagswahlkreises **STEFAN HARTMANN** beteiligten. Es zeigt sich, dass es bei den Info-Ständen sehr wichtig ist, dass wir uns durch unser Dasein in der Öffentlichkeit zeigen und an unserem Info-Stand in Freiberg bekannte Persönlichkeiten, wie z.B.

die langjährige Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Freiberg, Genossin **RUTH KRETZER-BRAUN** oder Genosse **ACHIM GRUNKE** als langjähriges Mitglied des Kreistages und ehemaliger Vorsitzender des Kreisverbandes für Gespräche und weitere Aktivitäten zur Verfügung stehen. Wie das bei Info-Ständen natürlich zu verzeichnen ist, wurden unsere Informationsblätter von den Bürgern größtenteils entgegengenommen bzw. sind auch an den Tresen herangetreten, um sich über unser Material zu informieren. Genosse Achim Grunke sprach mit mehreren anwesenden Gästen über das „Thema Sahara Wagenknecht“. Auch **ALBRECHT TOLKE** war beim Verteilen des Materials durchaus erfolgreich. Natürlich gab es auch eine ganze Menge Ignoranz, womit man beim Info-Stand leben muss.

Für den weiteren Wahlkampfverlauf bis zur Bundestagswahl stehen die künftigen Info-Stände fest. Jetzt geht es darum, dass sich noch weitere Genossinnen und Genossen für die Info-Stände zur Verfügung stellen.

ergänzt von **RUTH KRETZER-BRAUN**

Mit Freude bin ich gemeinsam mit Ruth Fritzsche wieder angetreten, um die Freiburger auf die Bundestagswahlen einzustimmen. Uns kennen viele Freiburger, deshalb kommen wir auch mit ihnen ins Gespräch. Von unserem Direktkandidaten haben wir leider nichts in der Hand und können nur mit den „8 Gründen, DIE LINKE zu wählen“ und dem Flyer der Kreistagsfraktion punkten. Für mich sind die sozialen Kontakte mit den Freiburgern und Leuten aus der Umgebung wichtig. Die Themen Rente und auch Sahara sind aktuell. Eine Beschimpfung mussten wir auch ertragen: „Dass ihr euch noch auf die Straße traut!“ - so die Aussage eines schon etwas älteren Mannes, der uns unbekannt war. Letzten Samstag waren wir mit **ALBRECHT TOLKE** und **REINER SENNEWALD** am „Unicent“ auf dem Wasserberg (unser eigenes Wohngebiet, auch hier kennen uns die Leute!). Das nur zur Erinnerung, wir, die beiden Ruths aus Freiberg, kämpfen weiter!

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen

Hans Mäthe

Niederwiesa

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.